DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern A 2
4. Tagung, 5. Landesparteitag, 29. April 2017
Rostock, HanseMesse

Einreicher: Landesvorstand und Torsten Koplin

Aufbruch M-V 2021

Ergebnis der Strategiedebatte des Landesverbandes der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern

Leitbild

Der Kapitalismus ist nicht der Schlusspunkt der Menschheitsgeschichte. Zu groß sind die Unterschiede zwischen arm und reich, zu schlecht die Lebensperspektiven vieler Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland und zu groß ist das Elend auf der Welt. Kritik am derzeitigen Wirtschaftssystem ist mehr als gerechtfertigt. Die Frage, wie wir leben wollen, gehört auf die politische Tagesordnung. Deshalb üben wir Kapitalismuskritik, darin sind wir das Original; und im Gegensatz zur Rechten meinen wir es ernst.
Das strategische Dreieck des Erfurter Parteiprogramms aus Protest, Gestaltung und über das jetzige System hinausweisende Alternativen ist für uns nach wie vor Richtschnur. Aber auch wir haben den Dreiklang nicht immer ausreichend beachtet.
Unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Parlamenten arbeiten mit hohem Einsatz an der Lösung konkreter Probleme, die der politische Alltag mit sich bringt. Wir beteiligen uns an außerparlamentarischem Protest, wie bspw. unser Engagement als Teil des Netzwerkes gegen Kinderarmut zeigt. Wir sollten jedoch unsere Utopie einer idealen Gesellschaft konsequenter verfolgen und neben den praktischen Problemen auch an der Beschreibung eines demokratischen Sozialismus arbeiten.
Auch angesichts der immer noch vorhandenen Assoziationen zum Staatssozialismus der DDR sehen wir die Notwendigkeit, weiterhin die DDR-Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten. Das damalige gesellschaftliche System entspricht nicht unserem heutigen Verständnis eines demokratischen Sozialismus.
Vielmehr braucht es Ideen für einen Sozialismus 2.0, dazu definieren wir Sozialismus konkret. Demokratischer Sozialismus heißt für uns Frieden, Menschlichkeit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit und die Mitbestimmung Aller.
Unsere Entscheidungen in den Parlamenten müssen sich daran messen lassen, dass sie ein Schritt für mehr soziale Gerechtigkeit sind, von denen die Einwohnerinnen und Einwohner hier und jetzt profitieren. Damit leben wir die bessere Realpolitik vor und ermöglichen so Erfolge im Kleinen vor Ort. Unser Alleinstellungsmerkmal ist es aber weitergehende Ideen zu haben, die den gesellschaftlichen Diskurs insgesamt nach links verschieben.
Deswegen machen wir es uns zur Verpflichtung, an zentralen politischen Projekten zu arbeiten, die den Horizont einer Legislaturperiode übersteigen. Dazu gehören für uns Diskussionen zur Rekommunalisierung von Eigentum, insbesondere in der Daseinsvorsorge, Fragen der Gemeinwohlökonomie, der Förderung von Genossenschaften oder des Bedingungslosen Grundeinkommens.

Mit diesen zentralen Projekten machen wir deutlich, dass eine andere Welt möglich ist. Damit grenzen wir uns von der romantisierenden Verklärung einer Vergangenheit der Rechten ab – eine Vergangenheit, die nie romantisch war. DIE LINKE vermittelt einen Aufbruch. Wir gehen optimistisch an die Herausforderungen unserer Zeit heran. Wir wollen Motivation für Veränderung bewirken, indem wir Empathie für die Lebenssituation der Menschen aufbringen, inhaltliche Alternativen anbieten und das Ideal der Solidarität vorleben. Linke Politik ist einerseits der nicht verhandelbare Schutz von Minderheiten und es ist andererseits das Eintreten für soziale Verbesserungen der Mehrheitsgesellschaft.
Wir arbeiten uns nicht an anderen Parteien ab, sondern an deren Politik. Allein dadurch entsteht Abgrenzung. So setzen wir der Politik der vergangenen Jahre, die zu einem Rüstungshoch und einer gravierenden sozialen Schieflage geführt hat, Friedenspolitik und einen sozialen Ausgleich entgegen. Wir zeigen Verbindungen auf, die in einem gesellschaftlichen Zusammenhang stehen, so sind beispielsweise Rüstung und ungleiche Handelsbeziehungen mit den Ländern des Südens sowie globale Fluchtbewegungen zwei Seiten ein und derselben Medaille.
Unseren inhaltlichen Vorschlägen fügen wir eine Umsetzungsperspektive bei. Debatten über Regierungsbeteiligung rücken wir nicht ins Zentrum. Wir verlieren aber auch nicht aus dem Blick, dass wir politische Verbündete und parlamentarische Mehrheiten zur Umsetzung brauchen. LINKE Politikansätze sollen immer mit Durchsetzungsmöglichkeiten verbunden werden.

Inhaltliche Alternativen zur Regierungspolitik in M-V

Dieser Landesregierung sind die Interessen der Mehrheit der Menschen nicht wirklich wichtig. Ihr sind die Bürgerinnen und Bürger letztlich nur als Wählerinnen und Wähler von Bedeutung. Sie orientiert sich vor allem an den Interessen der Wortgeber in Wirtschaft, Finanzwelt und Gesellschaft. Das Ergebnis aus der bisherigen Regierungspolitik ist eine enorme Zuspitzung der Ungleichheit. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es so nicht weitergehen kann.
Für DIE LINKE ist entscheidend, immer die Interessen der Handelnden offen zu legen. Anders wird sie auch nicht die Interessen sozial Benachteiligter, Ausgegrenzter und „Abgehängter“ wirksam vertreten können.
Hierzu ist die ständige Rückbesinnung auf die Idee des demokratischen Sozialismus, als grundsätzliche Systemalternative, unabdingbar. Das heißt vor allem, dass DIE LINKE auch im Alltag immer wieder die Eigentums- und Machtfrage im Interesse der Mehrheit der Gesellschaft stellen muss.
DIE LINKE steht für eine konsequente Friedenspolitik, für soziale Gerechtigkeit, für starke Kommunen, für die Stärkung von Demokratie und den nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt. Letztlich muss der Zweck aller linker Politik auch ein Mehr an Kultur und Bildung sein.
Linke Politik richtet sich nicht ausschließlich an sozial Benachteiligte, sondern an alle, deren Entwicklung unter den gegenwärtigen Verhältnissen behindert wird. Deshalb ist der mittelständische Unternehmer ebenso Adressat linker Politik, wie eine alleinstehende Mutter oder jemand, der sich mit mehreren Jobs über Wasser halten muss.
Im Selbstverständnis linker Politik liegt es, dass jeder Mensch als Persönlichkeit gelten und etwas bewirken können muss. Dort, wo das nicht ist, wählt er auch gegen seine Interessen, um seinen bislang ohnmächtigen Protest zum Ausdruck bringen zu können.
Credo linker Politik ist: Wer DIE LINKE wählt, gibt sich selbst eine Stimme. Nur dadurch macht er sich der Regierung gegenüber bedeutsam.
Linke Alternativen zur Regierungspolitik sind immer zugleich auf eine Zurückweisung jeglicher Formen von Rassismus, Nationalismus und Menschenverachtung gerichtet. Sie schließen auch Auseinandersetzungen mit rechtskonservativen Positionen ein.

Neben dieser Auseinandersetzung mit den Positionen der Rechten braucht es jedoch vor allem alternative Vorschläge der LINKEN, gerade weil sie auf die Veränderung und Verbesserung der Lebenssituation der übergroßen Mehrheit der Menschen im Land abzielen, der konkreten Bezugnahme auf das jeweilige Lebensumfeld. Deshalb sind Alternativen zur Regierungspolitik und die mit ihnen verbundenen Konsequenzen, wo immer möglich, auf die regionalen bzw. lokalen Gegebenheiten „herunter zu brechen". Gleichwohl verknüpfen diese Vorstellungen, wie erwähnt, Visionäres mit Programmatischem.
Immer geht es darum, Politik gemeinsam mit den Menschen zu entwickeln, deutlich zu machen „Auf Dich kommt es an!", also Widerständigkeit, emanzipatorisches Aufbegehren, konstruktive Mitwirkung etc. zu wecken bzw. zu verstärken. Wir müssen fragen, was die Menschen jeweils brauchen, um sich selbst verwirklichen zu können.
Um diese Ziele zu erreichen und diesem Anspruch wirklich gerecht werden zu können, müssen auch wir uns weiter entwickeln, verändern und unsere politische Arbeitsweise anpassen.

ErstwählerInnen / junge Mitglieder gewinnen und an die Partei binden

Die letzte Landtagswahl hat gezeigt, dass uns neben den Älteren, insbesondere die Gruppe der unter 35-jährigen gewählt hat. Diese Altersgruppe ist uns gegenüber sehr aufgeschlossen und ist eine der Hauptzielgruppen der Partei DIE LINKE. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen: Wenn JungwählerInnen in die Partei DIE LINKE eingetreten sind, treffen sie in den Parteistrukturen auf überalterte Strukturen, die wenig ansprechend für junge Leute sind. Zudem werden Neumitglieder oft mit Aufgaben überfrachtet. Ehrenamt braucht Hauptamt. Bei der Betreuung von Neumitgliedern ist das ehrenamtliche Engagement ausgeschöpft.
Der LINKEN muss es gelingen, gezielt U-35-jährige im Vorfeld von Wahlen anzusprechen. Die Neumitglieder in unserer Partei müssen gut und möglichst einheitlich im Land betreut werden und mit der Partei DIE LINKE vertraut gemacht werden. Zur Unterstützung der Betreuung von Neumitgliedern und jungen GenossenInnen benötigt es auch personelle Unterstützung auf Landesebene.
Die Partei lebt von und durch das Wirken ihrer Mitglieder. Deshalb ist die Gewinnung von neuen Mitgliedern in allen Parteistrukturen oberste Priorität einzuräumen. Wir setzen uns das Ziel, die Zahl der Neueintritte mindestens zu verdoppeln.

Arbeit des Landesverbandes neu organisieren

Die abnehmende Mobilisierungsfähigkeit der Mitgliedschaft mit einem Durchschnittsalter von über 67 Jahren, verbunden mit einer starken Einbindung durch berufliches und ehrenamtliches Engagement führt dazu, dass wenige Personen viele Aufgaben zu übernehmen haben. Überforderung einzelner Mitglieder droht einerseits und Unkenntnis sowie das Gefühl des Abgehängtseins vieler Mitglieder andererseits.
Eine frühe Einbindung der Mitgliedschaft in Planung und Organisation ist unerlässlich. Die Organisation muss effektiver gestaltet werden, was in engem Zusammenhang mit einer Verbesserung der Kommunikationsbeziehungen der einzelnen Akteure steht. Auch der Einsatz alternativer Methoden, Werbemittel und Aktionsformen muss geprüft werden. Zum Ausgleich regionaler Schwächen sind alle Kooperationsmöglichkeiten aber auch eine finanzielle Ausstattung für eine Auftragsvergabe an Dritte zu prüfen.
Die Kommunikation zwischen einzelnen Gremien und Ebenen der Partei muss professionalisiert und transparent gestaltet werden. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis von Landes- und Kreisebene als auch für die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaften. Dies darf jedoch keine Einbahnstraße sein.
Die Strukturen im Landesverband müssen in Hinblick auf finanzielle und personelle Ressourcen neu aufgestellt werden. Dazu müssen Kreise und Land schnell Lösungen finden.

Ideen für Aktionsformen und Methoden sollten zentral nachlesbar sein. Hilfe über Kreisverbandsgrenzen hinaus zur Kompensation von regionalen Defiziten sollte organisiert werden. Alle LINKE Büros sollten mehr als bisher als Orte der Kommunikation und Begegnung begriffen werden. Die Attraktivität sollte erhöht, die Nutzungsmöglichkeiten erweitert werden. Vorhandene Aktivitäten sollten noch besser mit Mitgliedern vor Ort koordiniert, vorbereitet und durchgeführt werden. Potentiale bei der Mitarbeit von Mitgliedern und Sympathisanten sind auszunutzen.

Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit

Die unmittelbar bevorstehende Herausforderung für den Landesverband ist auch in kommunikativer Hinsicht die Vorbereitung, Organisation und Realisierung des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2017.

DIE LINKE ist und bleibt die soziale Stimme für all jene in unserem Land, die nicht mehr ausreichend gehört werden. Daher muss unsere Öffentlichkeitsarbeit aus einer differenzierten, zielgruppenorientierten Ansprache bestehen. Immer dient sie neben der Information der Öffentlichkeit auch der Informationsvermittlung gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und deren Umfeld. Die Differenzierung muss zukünftig stärker nach Kriterien, wie Alter, Geschlecht, Einkommen, Erwerbstätigkeit, Wohnort (Stadt/Land) erfolgen.

Bindungen an die Parteien lassen offensichtlich insgesamt nach. Die Kommunikationsgewohnheiten änderten sich mit Nutzung der sozialen Netzwerke grundlegend. Es genügt nicht, bestimmte technische Neuerungen einzusetzen, weil sie gerade angesagt sind und allgemein genutzt werden. Es geht vielmehr um die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie mit klar definierten Zielen, die auf einer Analyse der Situation in den Kreisen und den zu erreichenden Wahlberechtigten basiert.

Langfristig muss die Präsenz u.a. durch zielgerichtete, monothematische Kampagnen, das Wirken von Mitgliedern in ihrem sozialen Umfeld sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit unserer Mandatsträger auf allen Ebenen gewährleistet werden.

Neben der Information unserer Mitglieder und unserer Klientel sollten wir uns nicht davor scheuen, neue Zielgruppen anzusprechen. Die Erreichbarkeit von Mitgliedschaft und Klientel muss erhöht werden – Schwellen zur Kontaktaufnahme abgebaut werden. Eine differenzierte Ansprache ist unerlässlich. Die Form der Ansprache reicht daher von einfach, klar über emotional, humorvoll bis sachlich und fachbezogen.

Bei der Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit verfolgen wir folgende Ziele:

- personelle, materielle und finanzielle Ressourcen sind zielgerichtet einzusetzen
- die Organisation eigener Veranstaltungen ist am öffentlichen Interesse auszurichten – die Partei soll weniger für uns selbst, als vielmehr für die Öffentlichkeit erlebbar sein
- Protestveranstaltungen gehören zu unserem Repertoire – wir machen auf Missstände aufmerksam und zeigen politischen Alternativen auf
- eine hohe Präsenz in den Zeitungen und online-Portalen bleibt ein richtiges Ziel
- gerade für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen sind verbesserte online-Angebote notwendig; diese müssen aktuell, ansprechend, kompatibel für mobile Geräte sein
- die Reichweite der E-Mail-Verteiler und des Newsletters ist zu erhöhen
- Druckerzeugnisse bleiben wichtig; angesichts abnehmender Ressourcen bei der Verteilung ist eine Konzentration auf wenige, dafür hochwertigere und zielgerichtete Erzeugnisse unerlässlich
- Im politischen Gespräch auf der Straße, in Vereinen und Verbänden, in der Nachbarschaft und in der Familie ist die Verbindlichkeit und Klarheit bei der Formulierung unserer Positionen zu verbessern.

- Öffentlichkeitsarbeit erfordert eine regelmäßige Fortbildung, mithin ein koordiniertes Angebot an Fortbildungen im Landesverband

Schlussfolgerungen ErstwählerInnen

- Jede/r, der unsere Ziele vertritt, und zu uns findet, ist herzlich willkommen und wird mit Respekt und Aufmerksamkeit behandelt.
- Es sollten zu Wahlen Menschen antreten, die authentisch sind. Junge Leute wählen nicht unbedingt junge, sondern authentische Menschen. Aber junge Leute wollen in jungen Strukturen arbeiten.
- Bei der Ansprache verstärkt auf charismatische Personen setzen.
- Die Ansprache von JungwählerInnen sollte ständige Aufgabe sein. Dies gelingt mit einem Pool an Angeboten, die im Idealfall themenbezogene Angebote in der Region sind. Die Situation von JungwählerInnen und jungen Mitgliedern sollte ständiges Thema auf Treffen der Landesgeschäftsführung und der Kreisgeschäftsführung, aber auch im Landesvorstand und im Austausch mit den Kreisvorsitzenden/Kreisvorständen sein.
- Provokative, zielgerichtete Ansprache durch unsere Mitglieder bei Plakaten und Materialien. Sind Infostände zeitgemäß? Weniger Text bei Materialien, frech, Buttons, Sticker, Jutebeutel u.a.
- Mit Personen in der entsprechenden Altersgruppe, Materialien, Plakaten konkret Jugendlichen/Jungwähler regionalisiert ansprechen. Dabei sind regionale Besonderheiten zu berücksichtigen, denn in den Städten spielen andere Themen eine Rolle, als im ländlichen Raum.
- Wir wollen auch an ökologischen Fragen interessierte Klientel ansprechen.
- Bei der Betreuung von Neueintretenden sind von Landes- bis zur Kreis- und Basisebene Mindeststandards einzuhalten. So ist der Datenaustausch zwischen Landesgeschäftsstelle und Kreisgeschäftsstellen sicherzustellen. Im Kreis sollten feste Ansprechpartner eingerichtet werden, möglichst in einem Pool, der auf die Neumitglieder ausgerichtet ist (Alter etc.). Der Jugendverband ist bei einem unter 35-Jährigen ebenfalls zu informieren, wenn dies durch das neue Mitglied gewünscht wird.
- In einem einheitlichen Verfahren wollen wir künftig neue Mitglieder begrüßen. Wir wollen die Ziele der neu Eintretenden abfragen und abklären, was sie von der Parteiarbeit erwarten. Der/die Ansprechpartner/in vor Ort sollte Aufklärungsarbeit und Hilfe anbieten (Mentoring). In einem weiteren Schritt sollen Weiterbildungsangebote gemacht und über soziale Medien eingeladen werden.
- Neuen Mitgliedern sollten zeitnah neue Angebote außerhalb der Basisorganisationsstruktur angeboten werden. Dies sollten projektorientierte Angebote sein, bspw. ein Workshop zu einem bestimmten Thema (wie organisiere ich eine politische Veranstaltung, wie funktioniert Partei, welche Strukturen gibt es)
- Jugendgerechte Angebote, wie das Jugendcamp wollen wir verstetigen. Durch eine langfristige Planung und die Aufnahme im Arbeitsplan des Landesvorstandes wollen wir möglichst eine Teilnahme ermöglichen.
- Bei Angeboten auf persönliche Situation der Erreichten achten. (Mobilität, Studium, Arbeitszeiten)
- Jugendlichen sind Freiräume zu lassen. Sie müssen in der Lage sein, ihre eigenen Angebote zu entwickeln und einen Jugendwahlkampf durchzuführen. Freiräume im Denken, bei der Auswahl ihrer Themen sind jungen Leuten einzuräumen.
- In der Landesgeschäftsstelle ist jemand konkret für die Betreuung der Neumitglieder zuständig (Jugendkoordinator/in).

Schlussfolgerungen Parteiorganisation

- Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Landesverband und den Kreisverbänden, durch vierteljährlich durchgeführte Tagungen des Landesvorstandes gemeinsam mit den Vorsitzenden der Kreisverbände
- bessere Einbindung der Landesarbeitsgemeinschaften durch (parteiinterne) Veröffentlichung von Einladungen und Arbeitsergebnissen
- Klausurtagungen bzw. erweiterte Landesfinanzratssitzungen zu zukünftigen Strukturen im Landesverband (schon erstmalig eingeladen für den 22.4., Güstrow)
- Ideenbörse für Aktionsformen auf unserer Homepage ausbauen, dazu ist eine ständige Arbeitsgruppe zu bilden.
- offensive „LINKE Büros öffnen" - regelmäßige Sprechstunden, Diskussionsforen, Ausstellungen und mehr anbieten (vgl. Aktivitäten der MdLs)
- Aktivierung von parteilosen sachkundigen Einwohnern und Kommunalwahlkandidaten, die nicht in die Vertretung einziehen konnten, durch gezieltes Anschreiben durch Kreisvorsitzende

Schlussfolgerungen Öffentlichkeitsarbeit

Veranstaltungen

- landesweite Koordination mit Partnern und Führung eines zentralen Veranstaltungskalenders
- Einrichtung von regelmäßigen thematischen Stammtischen in Kreisverbänden
- regelmäßige Sprechstunden mit Mandatsträgern aller Ebene sicherstellen

Presse

- Prüfung der Bildung Leserbrief-AGs in den Kreisverbänden
- regelmäßige Tagesordnungspunkte „Öffentlichkeitsarbeit" bei Gremien aller Ebenen
- Schulungsangebote unterbreiten

Internet

- Homepages
  - Neustrukturierung und Entschlackung der LINKER Homepages im Landesverband
  - Einführung des Responsive Design (Kompatibilität für mobile Geräte)

- Soziale Medien
  - Verantwortlichkeiten in Gremien festlegen
  - verstärkter Einsatz von Bildern und Videos - Schulungsangebot unterbreiten
  - Focus auf Facebook und youtube

- E-Mail-Verteiler/Newsletter
  - Reichweiten ausbauen - Kontaktlisten auf Parteiveranstaltungen auslegen
  - Einrichtung thematischer gruppenbezogene Newsletter prüfen

Print

- langfristige Etablierung einer halbjährigen landesweiten Zeitung prüfen
- Prüfung von kommerziellen Verteilmöglichkeiten in den Kreisverbänden
- Postkarten mit konkreter Fragestellung in Kommunalpolitik nutzen

Persönliches Gespräch

- Schulungsangebote zum aktivierenden Gespräch in allen Kreisverbänden machen

- „Probelauf“ für Haustürgespräche in einem Stadtgebiet zu einem konkreten Thema

Fortbildungen

- In Zusammenarbeit mit Partnern (RLS, koFo, LiMa, ...) zu allen o.g. Schwerpunkten regelmäßig anbieten

Abstimmungsergebnis:

Ohne Veränderungen	Mit Veränderungen	Für	Gegen	Enthaltung